

Personalmangel kann nur mit mehr Personal gelöst werden

Beihilfeabrechnungen – ein Ärgernis

„Derzeit komme ich mir als Pensionär hinsichtlich der Beihilfebearbeitung des LBV BW irgendwie ‚verarscht‘ vor und mir scheint, als habe sich die Bearbeitungszeit nach Einführung eines neuen Bearbeitungssystems extrem verlängert. Teilweise vier Wochen und mehr. Telefonate und E-Mails an das LBV sind sinnlos. Vielleicht wäre es Ihnen auf Ihrer ‚Schiene‘ möglich, Druck auszuüben! Das Problem ist ärgerlich, weil die Ärzte und Krankenhäuser zur Begleichung der jeweiligen Rechnungen aufordern und nunmehr (weil beim LBV ‚nix geht‘) die ‚eigene Schatulle‘ erhalten muss. Was läuft da schief? Personalmangel?“

Solche und ähnliche Mails erreichen uns in den vergangenen Wochen. Die Aufregung ist berechtigt.

Beihilfeerstattungsanträge wurden vom LBV – von Ausnahmen abgesehen – in der Vergangenheit regelmäßig innerhalb von maximal 25 Tagen erledigt. Seit Jahresbeginn 2018 ist das LBV offensichtlich nicht mehr in der Lage, die Beihilfeerstattung in der gewohnten Geschwindigkeit und Transparenz auftragsgemäß zu erfüllen. Die Ursachen hierfür

sind vielfältig. Zu nennen sind insbesondere: ein Hacker-Angriff auf das IT-System des LBV, die Grippewelle, IT-Systemumstellungen, der Zuständigkeitswechsel für die Digitalisierung in der Landesverwaltung sowie die Schwierigkeiten mit der Gewinnung und Bindung von qualifiziertem Personal.

Die Bearbeitung eines Beihilfeantrags dauert seither in der Regel rund vier Wochen, in Einzelfällen bis zu sieben Wochen. Ärzte, Krankenhäuser, Pflegeheime, Heilmittelerbringer ... fordern in der Regel die Bezahlung ihrer Rechnungen für die erbrachten Leistungen innerhalb von maximal vier Wochen. Die Bezahlung von Arzneimitteln ist sofort fällig. Viele Beihilfeberechtigte, vor allem mittlere Beamtinnen und Beamte, hier insbesondere die Pensionärinnen, Pensionäre und Witwen, können damit ihren Verpflichtungen nicht mehr in den erforderlichen Fristen gerecht werden. Belastende persönliche Gespräche mit den Rechnungsstellern mit der Bitte um Zahlungsaufschub sind die Folge. Überbrückungskredite bei den Hausbanken nicht selten, um das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient nicht zu belasten. Versicherungsträger, deren Erstattungssystem in der Regel per App funktioniert, benötigen regelmäßig fünf Tage.

Intensiv kümmern sich die DPoIG-Seniorenvertretung und der Seniorenverband, bei dem unsere Mitglieder im Ruhestand automatisch Doppelmitglied sind, angesichts einer Flut von teils drastischen Beschwerden seiner Mitglieder darum, Abhilfe zu schaffen. Neben einer Vielzahl von Gesprächen

auf den unterschiedlichen Ebenen aktuell mit einem Schreiben an die Abgeordneten der Regierungsfaktionen (Grüne/CDU) und deren Minister und Fraktionsvorsitzende.

Wir sind der vollen Überzeugung, dass das LBV seine Aufgaben in Zukunft nur dann auftragsgemäß erfüllen kann, wenn der Landtag von Baden-Württemberg

- > eine ausreichende Zahl von angemessen dotierten Stellen für kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Effizienz des LBV heben, die Beihilfebearbeitung beschleunigen und die Herausforderungen der digitalen Innovationen bewältigen, bewilligt (befristete Arbeitsverträge sind erfahrungsgemäß nicht wirksam);
- > die ausreichenden Mittel für die notwendigen Investitionen bereitstellt;
- > das LBV ermächtigt, die Kontrolle und Prüfungsdichte bei der Beihilfeerstattung, wie bei der Steuerverwaltung, durch geeignete Risikomanagementsysteme auf das notwendige Maß zu reduzieren.

Abgeordnete der CDU-Fraktion haben die Aktivitäten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Landesamts für Besoldung und Versorgung (LBV) in der Beihilfebearbeitung wahrgenommen und



> Berndt Wittmeier

aufgegriffen. Wir begrüßen es ausdrücklich, wenn diese Abgeordneten selbst feststellen, dass das LBV in allen seinen Tätigkeitsbereichen möglichst kundenorientiert agiert und die Digitalisierung vorantreiben sollte.

Nach einer gründlichen Stärken-Schwächen-Analyse der derzeitigen Beihilfebearbeitung eröffnet der Nachtragshaushalt 2018 den politischen Verantwortlichen in der Landesregierung und im Parlament die Möglichkeit, die vorhandenen Schwächen einer schnellen Lösung durch die Bereitstellung der notwendigen Stellen und Mittel sowie durch die Optimierung der Geschäftsprozesse zuzuführen. Jetzt geht es darum, auch Farbe zu bekennen. Ob Grün oder Schwarz ist egal. Hauptsache es tut sich etwas in der desolaten Beihilfeerstattung.

*Ihr Berndt Wittmeier,
Landesseniorenbeauftragter*

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon 07251.3924990
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 07 11/99 79 474-0
Telefax 07 11/99 79 474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

Dieselfahrverbot – Parkraumbewirtschaftung – Enteignung – Freifahrt im ÖPNV

Nachdem seit Jahren die Feinstaubbelastung in Stuttgart anscheinend nicht wirksam bekämpft werden konnte, hat die Deutsche Umwelthilfe das Land auf „Luftreinhaltung“ verklagt. Nachdem Lkw-Fahrverbote, Verbote von „offenen“ Kaminen und der Feinstaubalarm nicht wirksam zur Luftreinhaltung beitragen haben, wurde jetzt verwaltungsgerichtlich ein Fahrverbot durchgesetzt. Das Land will zwar aktuell in Berufung gehen, aber zum 1. Januar 2019 könnte es ernst werden.

Die beherrschende Frage war zumindest medial, die nach der Durchsetzung des Dieselfahrverbots. Bundesweit für Aufmerksamkeit sorgten dabei die Ausführungen des DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer. Nicht nur die Öffentlichkeit, sondern selbst das Staatsministerium zeigte sich interessiert an den Einschätzungen der DPoIG. Und auch das Verkehrsministerium hatte ein Gesprächsangebot übermittelt.

Geht es nur um zusätzliche Einnahmen? Dann reicht die Überwachung des ruhenden Verkehrs in Stuttgart aus, um durch Beschäftigte der Stadt Anzeigen zu fertigen, weil auch hier zuerst eine umfangreiche Prüfung des jeweiligen Abgaswertes erfolgen muss. Aber das ändert nichts an der „Luftverschmutzung“, denn das Fahrzeug war in die Stadt eingefahren und wird auch vermutlich wieder ausfahren.

Wie will man die Fahrzeuge überwachen? Digitale Kennzeichenerfassung – für viele „Grünen“ aus Datenschutzgründen schwierig. Ohne eindeutige Plakatierung – nur mittels

Anhaltekontrollen zu verhindern. Aber was tun mit Hunderten von Fahrzeugen am Morgen auf den Einfahrtsstraßen? Wer das Einfahren verhindern möchte, braucht Parkraum oder muss die Fahrzeuge zurückweisen. Das alles ist ein schwieriges Unterfangen.

gut ausgebaut) Parkgebühren bezahlen. Und man meint die Parkraumbewirtschaftungs-AG beteiligt sich an der Umweltproblematik.

Schwerbehinderte Kolleg(inn)en, die sich oft kein neues und teuer umgebautes

in großen Konzernen und Unternehmen vergleichbar sind. Für einige hat dies eine existenzielle Bedeutung.

► Freie Fahrt im ÖPNV

Wer sinnvoll die Umweltverschmutzung vorantreiben will,



Schon aus diesem Grund ist das Gerichtsverfahren und die Entscheidung bemerkenswert. Für viele ist es die Fortsetzung des Rechts, das weder Staat noch Bürger verstehen können. Recht, das nicht durchgesetzt werden kann, wirkt wie eine Placebo-Tablette, die lediglich beruhigt. Und wie so oft bleibt eher der „kleine“ Bürger, der für die Fahrt zur Arbeit jeden Cent beachten muss, auf der Strecke. Die Industrie, welcher die Versäumnisse mit angelastet werden, wird wohl vielmehr noch dadurch verdienen.

► Auswirkungen auf die Beschäftigten

Das Dieselfahrverbot ist nicht nur aus polizeilicher Sicht von Interesse. Nein, es gibt auch eine gewerkschaftspolitische Dimension. Polizeibeschäftigte müssen über kurz oder lang für die nicht überdachten Parkplätze (oft auch nicht

Fahrzeug leisten können, wissen nicht, wie sie nach Stuttgart kommen sollen.

Kolleg(inn)en aus dem Umfeld, die ihre Fahrtaufwendungen auch dadurch reduzieren möchten, dass sie ihr älteres/neueres, aber nicht umweltfreundliches Fahrzeug so lange wie möglich nutzen, fühlen sich nahezu enteignet.

Die im Schichtdienst und zu unregelmäßigen Dienstzeiten arbeitenden Kolleg(inn)en fragen sich, wie sie zur Arbeit kommen sollen.

Wer begreift, dass das Dieselfahrverbot eben nicht nur ein politisches Spielchen grüschwarzer Umweltpolitik ist, der begreift auch sehr schnell die Auswirkungen auf die Polizeibeschäftigten und all diejenigen im öffentlichen Dienst, deren Gehälter nicht mit denen der Beschäftigten

der muss konsequent eine Vermeidungsstrategie fahren. Wer nicht mit einem Fahrzeug fahren muss und dabei sparen kann, wird bereitwilliger auf das Fahrzeug verzichten.

► Freie Fahrt für Kripobeamtete

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert seit Jahren die Ausweitung der Freifahrtregelungen für „nicht uniformierte Beamte der Kriminalpolizei.“ Diese sorgen zunächst einmal wie Polizeibeamte in Uniform für Sicherheit im ÖPNV. Insofern ist das nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes, sondern auch unter Sicherheitsaspekten eine sinnvolle Maßnahme.

► Freie Fahrt für alle (Tarif-) Beschäftigten im Öffentlichen Dienst

Unser benachbartes Bundesland Hessen macht es (uns) vor.

Das wäre auch für das Ländle endlich eine Maßnahme, die alle Beschäftigten, auch unsere Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamte, einbezieht. (Siehe gesonderter Artikel.)

Leasingfahrräder auch für Tarifbeschäftigte

Nachdem für Beamte eine gesetzliche Regelung zur Entgeltumwandlung für dienstliche Leasingfahrräder mit einer steuerlichen Ersparnis und gegebenenfalls mit ausgehandelten Sonderkonditionen in der Umsetzung ist, ist das für Tarifbeschäftigte aktuell nicht möglich. Für deren Entgeltumwandlung bedarf es eines gesonderten Tarifvertrags. Warum nicht? Gut, es werden vermutlich nicht die steuerlichen Ersparnisse sein, die wirken, aber vielleicht die Möglichkeit, ein solches Fahrzeug in Raten zu erwerben und günstigere Angebote durch eine größere Annahmemenge zu erreichen. Ein Sonderbonus für diejenigen, für die sich eine Gehaltserhöhung kaum spürbar bemerkbar macht.

Freie Fahrt für alle Rentner/Ruheständler

Freie Fahrt für Rentner und Pensionäre. Das ist keine Fiktion, sondern beispielsweise in Ungarn längst Realität. Personen über 65 Jahre können dort den ÖPNV kostenlos nutzen. Übrigens, nicht nur Bürger aus Ungarn, sondern auch anderer EU-Staaten. Diese Forderung hat die DPoIG-Fachkommissi-

on Verkehr bereits vor Jahren erhoben. Nicht aus Umweltgründen, sondern aus verkehrspolizeilicher Sicht. Und abgesehen von der Bekämpfung von Unfallursachen, dürfte dies auch aus sozialpolitischer Sicht der Altersarmut entgegenwirken. Von der zumindest Tarifbeschäftigte nicht ganz verschont sein dürften.

Verbesserung des ÖPNV

Für viele Kolleg(inn)en, die außerhalb des großstädtischen Speckgürtels wohnen, bleibt der ÖPNV oft unattraktiv. Die Fahrzeiten und die Taktungen entsprechen nicht den Anforderungen an deren Arbeitszeiten. Ohne eine deutliche Verbesserung der Leistungen funktioniert das Gesamtpaket nicht.

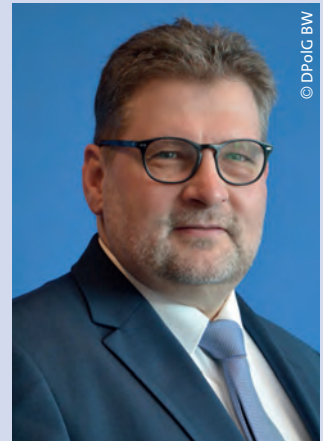
Für die Deutsche Polizeigewerkschaft ist und bleibt das Thema „Dieselfahrverbot“ ein wichtiges Thema. Und das nicht nur in Stuttgart. Auch andere Städte wurden verklagt. Nicht nur aus polizeilicher Sicht, sondern, weil es ein wirtschaftliches und soziales Brennpunktthema unserer Mitglieder ist. Und so wie wir die ICE-Nutzung für uniformierte Polizeibeamte erreicht haben, bleiben wir mit unseren Forderungen am Ball. Übrigens – zumindest für unsere schwerbehinderten Kolleg(inn)en konnte durchgesetzt werden, dass sie über Ausnahmeregelungen vom Fahrverbot ausgenommen werden. ■

> – letzte Meldung – letzte Meldung – letzte Meldung –

Freie Fahrt – auch ohne Uniform – für Kriminalpolizeibeamte/-beamtinnen

Gespräche im Staats- und Verkehrsministerium bringen Weichenstellung

Seit Jahren fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft, dass auch Beamte/Beamtinnen der Kriminalpolizei die Freifahrtregelungen in der Bahn und dem öffentlichen Nahverkehr nutzen können. Jetzt hat der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer dazu den Durchbruch erreicht.



> Ralf Kusterer

Im August 2018 führte Ralf Kusterer im Staatsministerium mit dem Leiter der Abteilung 1, Herrn Dr. Stegmann, den er aus verschiedenen Projektgruppen kannte, ein Gespräch, in dem er auch die Freifahrtregelungen in der Bahn und dem Öffentlichen Nahverkehr angesprochen hatte. Über die Initiative des Staatsministeriums erfolgte am 3. September 2018 ein Gespräch im Verkehrsministerium.

Bei dem Spitzengespräch im Verkehrsministerium, an dem mehrere Referats- und Abteilungsleiter unter Leitung des Hauschefs, MD Uwe Lahl, teilnahmen, konnte dann die Regelung – im wahrsten Sinne des Wortes – auf die „Schiene“ gebracht werden.

Ralf Kusterer: „Ich habe selten in einer Sache ein einziges Gespräch mit einem solchen Ergebnis geführt und ehrlich gesagt, dies auch vorher nicht erwartet. Das Gespräch mit kompetenten Ansprechpartnern und dem sichtbaren Willen einer Ministeriumsspitze hat mich beeindruckt.“ MD Lahl hat bereits nach kurzer Zeit die Feststellung getroffen: „Polizei ist Polizei.“ Er hat sofort zugesagt, dass er auf seiner Ebene und in den Verhandlungen mit den Betreibern der Bahn alles in die Wege leiten wird, dass das auch sehr zeitnah umgesetzt werden soll.

Ebenso bemerkenswert, so Kusterer, dass am nächsten Tag bereits die vorbereitete Pressemitteilung des Verkehrsministeriums zur weiteren Abstimmung mit dem Innenministerium an die DPoIG übermittelt wurde. Vermutlich dürfte die Pressemitteilung des Verkehrsministeriums bereits kurz vor Erscheinen dieser POLIZEI-SPIEGEL-Ausgabe tatsächlich veröffentlicht und somit auf der „Schiene“ sein.

Ebenso bemerkenswert, so Kusterer, dass am nächsten Tag bereits die vorbereitete Pressemitteilung des Verkehrsministeriums zur weiteren Abstimmung mit dem Innenministerium an die DPoIG übermittelt wurde. Vermutlich dürfte die Pressemitteilung des Verkehrsministeriums bereits kurz vor Erscheinen dieser POLIZEI-SPIEGEL-Ausgabe tatsächlich veröffentlicht und somit auf der „Schiene“ sein.

> Freie Fahrt – für alle – bleibt auf der Tagesordnung

Verbesserungen beim Jobticket entlasten auch Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte

Die Deutsche Polizeigewerkschaft setzt sich nicht nur aus sicherheitsrelevanten und sozialen Gesichtspunkte für die freie Bahnfahrt von Polizeibeamten in und ohne Uniform ein, son-

dern setzt sich grundsätzlich für eine Freifahrtregelung auch für alle anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein. Beispiel dafür ist das Bundesland Hessen.

Seit dem 1. Januar 2018 fahren 145 000 Landesbedienstete in Hessen kostenlos im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) – nicht nur für den Arbeitsweg. Rund 90 000

Beamtinnen und Beamte, mehr als 45 000 Tarifbeschäftigte und etwa 10 000 Auszubildende profitieren dort von dem neuen LandesTicket Hessen. >



Noch ist das „Hessen-Ticket“ bundesweit einmalig – das will die DPoIG Baden-Württemberg ändern. Der Landestarifbeauftragte Edmund Schuler dazu: „Für mich ist das Ticket in Hessen ein sichtbarer Beleg dafür, dass das Land die richtigen Weichen für den Wettbewerb um die besten Köpfe gestellt hat. Hessen zeigt sich als moderner, zuverlässiger und familienfreundlicher Arbeitgeber. Das Landesticket macht in Hessen die Arbeit im öffentlichen Dienst attraktiver und das im Einklang mit der Umwelt. Ich würde mich freuen, wenn wir diesem Beispiel in Baden-Württemberg folgen würden und die



> Landestarifbeauftragter Edmund Schuler

Landesregierung bewusst eine Entscheidung zum Wohle der Frauen und Männer treffen würde, die tagtäglich für die Bürgerinnen und Bürger mit Leidenschaft und Engagement unterwegs sind.

Für den hessischen Landeshaushalt entstehen rund 51 Millionen Euro Zusatzkosten. Aller-

dings sieht man das zugleich auch als eine Investition zugunsten der Umwelt, da dies auch zu einer Reduzierung der Emissionen führt. Vor dem Hintergrund der Feinstaubbelastung in einigen Städten in Baden-Württemberg eine sinnvolle Gegenmaßnahme.

Edmund Schuler begrüßt dabei nach verschiedenen Gesprächen der DPoIG-Spitze die Bemühungen der Landesregierung und des Verkehrsministeriums, grundsätzlich Verbesserungen im Jobticket anzugehen. Im Gespräch sind erhebliche Preisnachlässe von 25 Prozent gegenüber den regulären Preisen.

Ferner auch steuerliche Vorteile. Seit 2017 gibt es einen Zuschuss von 25 Euro. Der Landestarifbeauftragte Edmund Schuler kämpft in dieser Angelegenheit an der Seite von seinem Landesvorsitzenden. Schuler: „Die Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten haben in der DPoIG eine laute und wirkungsvolle Stimme. Der Nichtvollzug fühlt sich in vielen Bereichen zurückgesetzt. Wir sind deshalb auf dem richtigen Weg, wenn wir uns hier für die freie Fahrt oder übergangsweise für eine deutliche Reduzierung der Ticketpreise einsetzen. Jeder Cent Preisnachlass kommt an der richtigen Stelle an.“

Landesfrauenausschuss tagt im Schwarzwald

Der Landesfrauenausschuss setzt sich aus dem Geschäftsführenden Landesfrauenvorstand und den Bezirks-/Präsidialfrauenbeauftragten zusammen. Er tritt in der Regel zweimal jährlich zusammen und ist zuständig für die Behandlung grundsätzlicher Fragen der Frauenarbeit, der Planung und Durchführung eigener Veranstaltungen zu zentralen berufs-, frauen- und familienpolitischen Themen sowie familienpolitischer Nachrichten/Entwicklungen.

Die erste Sitzung im Jahr 2018 des Landesfrauenausschusses führte diesen nach Baiersbronn-Obertal. Zurückziehen, Klausur halten, in Ruhe analysieren, Rückblick halten, den Blick nach vorne richten und sich dafür nachhaltig und zukunftsfähig

hig aufstellen. Das gelingt in der Tat an einem Ort, an dem man sonst die Seele baumeln lässt und Kraft tanken kann. Und so war es auch nicht verwunderlich, dass die Frauen im Landesfrauenausschuss tiefenentspannt, aber hellwach und motiviert ihr Tagungsprogramm durchführten. Das Notizbuch der Landesfrauenbeauftragten Marion Rothmund und ihrer zwei Stellvertreterinnen Sandra Knödler und Manuela Nothelfer-John war randgefüllt. Und alle gemeinsam freuten sie sich, dass die dritte Stellvertreterin in die Sitzung hinein meldete, dass sie glückliche Mutter wurde. „Herzlichen Glückwunsch liebe Patrizia Riemel!“

Als am Abend des ersten Tages der Landesvorsitzende

eintraf, konnte er eine Frauenfraktion/-gesellschaft/-bund vorfinden, die in toller Stimmung den Abend ausklingen ließ. Der Tag und die Ergebnisse waren augenscheinlich mehr als zufriedenstellend. Ralf Kusterer wird später seiner Landesleitung berichten, dass die gut motivierte Truppe gerade so von Ideen sprudelte und auch noch am Abend zahlreiche Pläne schmiedete. Am zweiten Tag konnte der „Hahn im Korb“ hellwache Teilnehmerinnen erleben, mit denen es Spaß machte, gemeinsam in die Zukunft zu blicken. Dass sie dabei auf ihren Landesvorsitzenden zählen konnten, war jeder Teilnehmerin nach seinem Vortrag klar. Ralf Kusterer veranschaulichte in seinem Vortrag seine Wertschätzung ge-

genüber der Frauenvertretung und ließ keinen Zweifel daran, dass ihm die Frauen in der DPoIG sehr wichtig sind und innerhalb der Vertretung für die weiblichen Mitglieder eine wichtige Rolle spielen.

Marion Rothmund hob hervor, dass sie immer auf ihren Landesvorsitzenden zählen können und bilanzierte am Ende der zweitägigen Ausschusssitzung ein positives Resümee. Sie zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen und die Art und Weise der Zusammenarbeit. Gewerkschaftsarbeit kann und darf auch Spaß machen, das wird eine der Feststellungen sein, die alle Teilnehmerinnen mit in den Alltag und die gewerkschaftspolitische Basisarbeit nehmen werden. ■

> Die Damen des Landesfrauenausschusses DPoIG BW mit ihrem Landesvorsitzenden Ralf Kusterer (links)





> Teilnehmer der Bezirkstagung Stuttgart

Bezirkstagung Stuttgart

Volle Fahrt voraus

Im Bezirksverband Stuttgart verschmelzen förmlich Bezirks- und Klausurtagung. Am Ende war es sicherlich zu einem Großteil eine Arbeitstagung, mit der man im Bezirksverband nicht nur den Blick nach hinten und auf die aktuellen Geschehnisse warf, sondern auch den Blick nach vorne richtete. Zukunftspläne konnten somit vorbereitet und strukturiert angegangen werden.

Der Tagungsraum wurde zum Büro umfunktioniert und mit Drucker/Kopierer und Laptop ausgestattet, um all das, was sich die Bezirksvorsitzende Anja Prottegeier auf die Agenda der Tagung und gemeinsam mit den Vertretern der Ortsverbände auf die To-do-Liste geschrieben hatte, abzuarbeiten.

Gleich zu Beginn war der Landesvorsitzende Ralf Kusterer zu Gast auf der Tagung und hat sich nicht nur mit aktuellen Impulsen, Fakten und Informationen, den Mandatsträgern

gestellt, sondern auch ganz engagiert mit den Kolleginnen und Kollegen diskutiert. Kusterer trug nicht nur vor, sondern hörte sich auch gerne die Sorgen und Nöte der Delegierten an und nahm an den Planungen der Ortsverbände und des Bezirksverbandes teil. Dabei kam natürlich Freude auf, als Ralf Kusterer versprach, die Stuttgarter in ihren Bemühungen einer basisnahen Gewerkschaftsarbeit zu unterstützen, und mit Lob über das, was er dort an Planungen, aber auch im Geschäftsbericht hören durfte, nicht sparte.

Engagiert diskutierten die Delegierten des Bezirksverbandes aktuelle Herausforderungen. Sowohl hinsichtlich der Belange der Beschäftigten, insbesondere der Mitglieder der Stuttgarter DPoIG, als auch aus gesamtpolizeilicher Sicht. Engagiert arbeiteten die Delegierten mit und formten gemeinsam den Bezirksverband, mit all dem, was man planerisch umsetzen und im Sinne

der Mitglieder voranbringen möchte.

Die Mandatsträger der DPoIG wissen, wo der Schuh drückt. Daran dürfte keiner auch nur einen kleinen Zweifel haben. Seit wenigen Wochen hat Anja Prottegeier den Vorsitz im örtlichen Personalrat des Polizeipräsidiums Stuttgart übernommen. Die Bezirksvertreterinnen aus den Bereichen Tarif, JUNGE POLIZEI, Frauen und Senioren engagieren sich auch über den Kreis des Polizeipräsidiums Stuttgart hinaus. Sie bringen sich auf der Landesebene ein und gestalten dort die Arbeit und das gewerkschaftspolitische Programm mit. Engagiert und mit neuen Ideen – eben so, wie sich dieser Bezirksverband versteht.

Am Ende der Veranstaltung blickten alle Delegierten zufrieden zurück auf eine erfolgreiche Bezirks-, Klausur- und Arbeitstagung. Man konnte es ihnen ansehen: „Sich in der DPoIG für deren Mitglieder ein-

setzen, sich in den Dienst einer guten Sache zu stellen, in einem Team für andere da zu sein – das darf auch Spaß machen und einem selbst Freude bereiten.“ ■

Bezirksverband Einsatz

Ingo Tecquert als Vorsitzender bestätigt

An der Spitze steht ein Mann, der nicht nur durch sein Äußeres einen hohen Wiedererkennungswert hat, sondern sich auch fachlich landes- und bundesweit einen Namen gemacht hat – Ingo Tecquert. Längst ist er aus der gewerkschaftlichen Landesarbeit, wie auch aus der landesweiten Personalvertretung nicht wegzudenken. Im Hauptpersonalrat der Polizei beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hatte er seit den letzten Personalratswahlen das Amt als

mit Bravour, großem Sachverstand und Engagement. Die DPolG Baden-Württemberg vertritt er zudem auch in der Kommission Bereitschaftspolizei auf Bundesebene. Als Mann vor Ort in Bruchsal krempelt er die Ärmel hoch, wirbt neue Mitglieder, betreut und unterstützt die Mitglieder, wo immer es möglich und nötig ist. Dabei ist ihm außerdem kein Weg zu weit. G-20-Einsatz in Hamburg – G 8 in Bayern, Ingo ist vor Ort. Viele Einsatzorte kennt er als Zug- oder Hundertschaftsführer.

Einfach einer, der weiß, wo es langgeht. Genau das bestätigten die Delegierten bei der Wahl für den Vorsitz des Bezirksverbandes Einsatz. Einstimmig – natürlich. Auch alle anderen Kandidaten bei den Wahlen in den Vorstand wurden einstimmig gewählt oder wiedergewählt und erhielten damit ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für eine tolle gewerkschaftliche Arbeit.

Eigentlich sind alle gewählten keine Newcomer. Vielmehr sind es verdiente und engagierte Kollegen. Einige in anderer Funktion, aber letztlich auch in der gedanklichen Fortsetzung des bisherigen Engagements in der DPolG. So wie zum Beispiel Michael (Mike) Brodbeck. Früher Vorsitzender des Ortsverbandes SEK Göppingen, später aktiv im Kreisverband BePo Göppingen. Engagiert im ÖPR und im Bezirkspersonalrat der BePo. Heute im verdienten Ruhestand, nicht nur weiterhin IPA-Verbindungsstellenleiter, sondern zukünftig auch Seniorenbeauftragter im Bezirksverband.

Der Geschäftsbericht von Ingo Tecquert war gespickt mit den verschiedensten Aktionen und Aktivitäten. In seinem Rückblick konnte er auf das Erfolgsmodell mit fünf Kreisverbänden zurückblicken, die unter der jahrelangen Führung von Harald Kappel zur Höchstform aufgelaufen waren. In der Folge, die Trennung von Ausbildung und Einsatz und der

Bildung von zwei Bezirksverbänden im Jahr 2014. Heute sind es drei Kreisverbände, mit dem erst wenige Tage zuvor gegründeten Kreisverband Freiburg. Wenn heute am Standort Bruchsal noch ein starker Ausbildungsbereich vorhanden ist, dann deshalb, weil die dortigen DPolG-Aktiven seit Jahren beste politische Verbindungen pflegen und sich aktiv dafür einsetzen. Das gilt auch für die vielschichtigen Problemstellungen im Polizeipräsidium Einsatz. Ingo Tecquert bedankte sich im Anschluss an seinen Bericht bei all denjenigen im Bezirksverband, die ihn so tatkräftig unterstützen und in den einzelnen Kreisverbänden zum gemeinsamen Erfolg beitragen. Sei es im Örtlichen Personalrat, der seit der Polizeireform auch weiterhin in DPolG-(Engels-Hand) ist, oder aber in der DPolG.

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer ließ es sich trotz engem Terminkalender nicht nehmen, die Kolleginnen und Kollegen über aktuelle Entwicklungen und Tendenzen zu informieren. Er fühlte sich sichtlich wohl in „seiner alten Welt der Bereitschaftspolizei“, der er bis zur Polizeireform ebenfalls angehörte und dessen Bezirksverband er ebenfalls schon geführt hatte. „Ich freue mich“, so Kusterer, „wenn ich sehe, was hier geleistet wird und wie gut dieser Bezirksverband dasteht. Da wird einfach eine tolle Arbeit geleistet.“

Wahlen:

Bezirksvorsitzender	Ingo Tecquert (Bruchsal)
Stellvertretender Bezirksvorsitzender	Rainer Staib (Göppingen)
Stellvertretender Bezirksvorsitzender	Jürgen Engel (Göppingen)
Bezirksfrauenbeauftragte	Andrea Fröstl (Göppingen)
Stellvertretender Bezirksfrauenbeauftragter	Achim Hauck (Bruchsal)
Bezirksfrauenbeauftragte	Patricia Jörg (Bruchsal)
Stellvertretende Bezirksfrauenbeauftragte	Barbara Knittel (Göppingen)
Bezirksjugendbeauftragter	Nico Morano (Bruchsal)
Stellvertretende Bezirksjugendbeauftragte	Iris Bilek (Göppingen)
Bezirksseniorenbeauftragter	Michael Brodbeck (Göppingen)
Beisitzer	Philip Hund (Bruchsal) Markus Baumgärtner (Freiburg)

Vorstandsmitglied inne. Seit März 2018 ist er stellvertretender Vorsitzender. In allen Themen, die unter anderem das Polizeipräsidium Einsatz betreffen, ist er ganz vorne mit dabei. Seien es die landesweiten Versetzungskonferenzen oder alle einsatzspezifischen Themen – er vertritt die Interessen der Kolleg(inn)en



Mitglieder des Bezirksverbandes Einsatz

Bezirkstagung Konstanz

... mannigfaltige Veränderungen kündigen sich an

Am 31. Juli 2018 trafen sich, bei Kaiserwetter und tropischen Temperaturen, die Delegierten aus den Landkreisen Konstanz, Ravensburg, Bodenseekreis und Sigmaringen im Steißlinger Hotel Sättle zur Bezirkstagung 2018.

Die Polizeireform 2020 mit der Neustrukturierung des PP Konstanz und der Neuaufbau des PP Ravensburg war natürlich ebenfalls Thema der Tagesordnung. Insbesondere weil gravierende Auswirkungen auf das PP Konstanz (neu) und PP

tuell sorgten auch die verschiedenen Stufen des IBV, in Konnex mit der Dienstpostenreform, aber auch die zukünftige Zusammensetzung des Bezirksverbandes Konstanz, für eine angeregte Diskussion.

Nach dem Geschäftsbericht des Bezirksvorsitzenden Andreas Herzog, in dem auch die

renbeauftragten Tuttlingen, Michael Kotzian, regelmäßig herausgegeben wird. In diesem werden unter anderem die Themen aufgegriffen, die für zukünftige Ruhestandsbeamte von Bedeutung sind.

In einer Nachwahl wurden zur neuen stellvertretenden Bezirkstarifbeauftragten Ursula Martin (Konstanz), als Bezirkssenorenbeauftragter Peter Mutter (Konstanz) und Gerhard Hueber (Ravensburg) – beide gleichberechtigt – durch einstimmige Wahl bestätigt.

In seinem Bericht zur Lage ging der Landesvorsitzende Ralf Kusterer auf die noch offenen Fragen zum IBV, zur Dienstpostenbewertung und Reform 2020 ein. Neben aktuellen Infos zur politischen Lage waren auch die Themen Arbeitszeit und LoD auf der Agenda. Geschlossen wurde der Bericht des Landesvorsitzenden mit aktuellem Zahlenwerk zur DPoIG und, besonders erfreulich, den stetig ansteigenden Mitgliederzahlen. Eine Herausforderung werden auch die Bestrebungen des Landesvorstandes sein, das Betreuungsnetz weiter zu verbessern. Sarah Leinert referierte aus dem Bereich Rechtsschutz und konnte in einer Diskussionsrunde die noch offenen Fragen der anwesenden Delegierten beantworten.

Nach dem Schlusswort des Bezirksvorsitzenden konnte nach einem themengefüllten und durchweg interessanten Tag die harmonisch verlaufende Bezirkstagung geschlossen werden. Wohlweislich mit der Erkenntnis, dass es sich gegebenenfalls um die letzte Bezirkstagung in dieser Zusammensetzung gehandelt haben könnte. ■



Teilnehmer der Bezirkstagung Konstanz

Geleitet wurde die Bezirkstagung durch den Bezirksvorsitzenden Andreas Herzog (Konstanz), unterstützt durch den KV-Vorsitzenden und amtierenden Personalratsvorsitzenden Siggie Traub (Ravensburg).

Folgende Schwerpunkte fanden in der Tagung Gehör:

- Herausforderungen nach dem Vorfall „Discothek Grey“, in Bezug auf den zukünftigen Umgang mit den „Praktikanten“,
- der Personalstand in den verschiedenen Einheiten beziehungsweise das Fehlen an Beamten (was bei dem einen oder anderen Revier inzwischen zur echten Herausforderung wird) und
- die Berichterstattung zur LEA in Sigmaringen.

Ravensburg erwartet werden, zog sich dieses Thema wie ein roter Faden durch die gesamte Tagung. Neben der Kriminalpolizei sind erneut die Verkehrseinheiten im Fokus, deren Neustrukturierung im PP Konstanz (neu) und mühsamen Neuaufbau im PP Ravensburg erarbeitet werden müssen. Im groben Konstrukt wurde die Neuausrichtung durch Andreas Herzog dargestellt. Skeptisch sah man unisono, dass nicht nur die Zusammenlegung zweier bestehender und funktionierender Präsidien mit dem Wegfall des Präsidiums Tuttlingen, sondern auch das Aufstellen eines völlig neuen Präsidiums in Ravensburg, mit den personellen, räumlichen und organisatorischen Hürden, nicht leicht zu bewerkstelligen sein wird. Für viele hätte es so weitergehen können. Brandak-

unkomplizierte und sehr gute Zusammenarbeit zwischen den vier DPoIG-Kreisverbänden und der stetige Anstieg der Mitgliederzahlen positiv hervorgehoben wurden (Letzteres ist sicher der erfolgreichen Mitgliederbetreuung hier im PP Konstanz geschuldet), folgten nun die Informationen aus den Bereichen Frauen, Tarif und Senioren. In kurzen Darstellungen wurde über aktuelle Ereignisse und Probleme aus den verschiedensten Bereichen, wie beispielhaft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder auch die Personalengpässe im Nichtvollzug berichtet. Der „Interims“-Seniorenbeauftragte Bezirk, Peter Mutter, berichtete über ein Arbeitstreffen in Baiersbronn und einen interessanten Newsletter, der durch den Bezirkssenio-

„Eine Hausratversicherung zum Selbstkostenpreis“

Wenn's brennt oder Einbrecher zuschlagen, dann hilft die Hausratversicherung der BBBank. Und das seit 1925. Sie bietet den Mitgliedern der BBBank günstigen Versicherungsschutz sowie eine schnelle und unkomplizierte Schadenregulierung.

POLIZEISPIEGEL: Warum braucht man eine Hausratversicherung?

BBBank: Eine Hausratversicherung versichert alles, was in einem Haushalt zur Einrichtung und zum Gebrauch dient. Versichert sind unter anderem die Gefahren Feuer und Blitzschlag, aber auch Einbruchdiebstahl, Beraubung und Vandalismus. Die Versicherung kann einen Schaden zwar leider nicht verhindern. Aber sie kann die finanziellen Folgen ausgleichen, denn diese können gravierend sein und die Leistungsfähigkeit des Einzelnen schnell übersteigen.

POLIZEISPIEGEL: Was unterscheidet die Hausratversicherung der BBBank von den Angeboten anderer Hausratversicherer?

BBBank: Wir bieten den Mitgliedern der BBBank eine exklusive „Hausratversicherung zum Selbstkostenpreis“. Ermöglicht wird das dadurch, dass wir als „Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ organisiert sind. Unser vollständiger Name lautet „Feuer- und Einbruchschadenkasse der BBBank in Karlsruhe VVaG“. Viele Kunden nennen uns einfach „Feuerkasse“. Im Gegensatz zu Aktiengesellschaften verfolgen wir kein Gewinnziel. Wir müssen keine Renditeansprüche von Aktionären erfüllen. Und wir haben keinen teuren Verwaltungsapparat. Unsere Abläufe sind schlank und effizient. Deswe-

gen können wir die Versicherungsbeiträge sehr günstig halten.

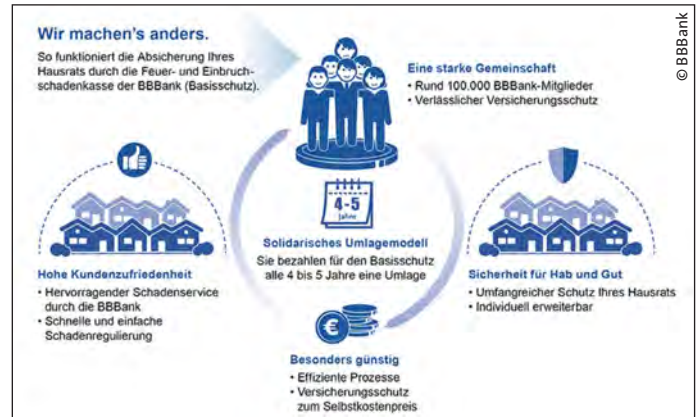
Die Feuerkasse basiert auf dem Solidaritätsprinzip. Das bedeutet: Statt eines jährlichen Beitrags wird unter den versicherten Mitgliedern circa alle vier Jahre eine Umlage erhoben. Aus dieser werden so lange die Schäden der Mitglieder beglichen, bis diese aufgebraucht ist. Überschüsse verbleiben in der Versichertengemeinschaft und kommen – ebenso wie Kostenvorteile durch effiziente Prozesse – wieder den Mitgliedern zugute.

POLIZEISPIEGEL: Welche weiteren Vorteile bietet die Hausratversicherung der BBBank ihren Kunden?

BBBank: Bei uns gibt es keine versteckten Kosten oder Selbstbehalte. Zudem sind in unserem Angebot viele Leistungen enthalten, die sich andere Hausratversicherer durch Zusatzbeiträge bezahlen lassen. So ist bei uns beispielsweise der Diebstahl von Gartenmöbeln und Gartengeräten versichert, auch wenn diese außerhalb der Wohnung aufgestellt sind.

POLIZEISPIEGEL: Es tritt ein Schadenfall ein. Und wie geht es dann weiter?

BBBank: Wir garantieren unseren Kunden eine schnelle und unkomplizierte Schadenregulierung. Bei zerstörten oder gestohlenen Sachen ersetzen



wir den Wiederbeschaffungswert zu Neupreisen. Wenn eine Reparatur möglich ist, werden die Reparaturkosten ersetzt. Besonders schnell und einfach geht es, wenn man die Schadenmeldung über die Homepage der BBBank selbst vornimmt.

POLIZEISPIEGEL: Welche Leistungen bietet die Hausratversicherung der BBBank im Internet an?

BBBank: Unsere Kunden und Interessenten können sich online auf unseren Seiten im Internetauftritt der BBBank jederzeit selbst informieren und handeln. Neben der eben genannten Online-Schadenmeldung sind auch Vertragsänderungen möglich, beispielsweise wegen eines Umzugs. Mit nur drei Eingaben erhält man ein Angebot. Hierfür ist nur die Wohnfläche in Quadratmetern, die Postleitzahl und bei Bedarf der Neuwert der Fahrräder erforderlich. Der Vertragsabschluss ist online möglich.

POLIZEISPIEGEL: ... aber die „Feuerkasse“ ist doch auch persönlich für die Kunden da, oder?

BBBank: Ja, unbedingt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen BBBank-Filialen und der

BBBank-Direktbank stehen unseren Kunden und Interessenten als kompetente Ansprechpartner zur Seite.

POLIZEISPIEGEL: Worauf kommt es beim Abschluss einer Hausratversicherung an?

BBBank: Wichtig ist eine ausreichende Versicherungssumme. Sonst besteht das Risiko der Unterversicherung. Im Schadenfall würde dann nur anteilmäßig reguliert. Wir raten dazu, mindestens 700 Euro je Quadratmeter Wohnfläche abzuschließen, dann erfolgt im Schadenfall kein Abzug wegen Unterversicherung.

POLIZEISPIEGEL: Was empfehlen Sie, um Schäden zu vermeiden?

BBBank: Um Einbrüchen vorzubeugen, sollten alle Türen abgeschlossen und die Fenster verriegelt werden – auch bei nur kurzer Abwesenheit. Elektrische Geräte mit geprüfter Sicherheit – zu erkennen am CE-, VdS- oder GS-Zeichen – reduzieren die Brandgefahr. Der Einsatz von Überspannungsschutzsteckern verringert die Gefahr von Blitzschlagsschäden.

Mehr Infos unter www.bbbank.de/hrv